

Unsere Stadt braucht eine nachhaltige



Verkehrswende

Was muss von einer Planung erwartet werden?

Planungsziele müssen frei sein von Individualverkehrsideologien und von den Industrie-lobbyisten der Lkw und Pkw Produktion bei VW, BMW, Daimler Benz und Audi.

Sie müssen in ihrem Planungsziel für Nachhaltigkeit über lange Zeiträume verpflichtet sein. Eine lebenswerte und attraktive Stadt für die Zukunft muss befreit werden vom Individualverkehr. Heidenheim und seine Umgebung eignet sich gerade wegen seiner beengten und eigenartigen Topographie für den Ausbau des ÖPNV, in unserer Stadt und hinein ins Umland in die Fläche.

Das Einkaufs-, Kultur-, Sport-, Arbeits- und Lebenszentrum Heidenheim wird lebenswerter mit einer ÖPNV-Zukunft und nicht mit innerstädtischen Untertunnelungen und weiteren Waldrodungen wie im Osterholz, mit einem Hansegispass oder Reuteneuendorf.

Der auf den Hauptachsen B19 und B466 wachsende Lkw-Transitverkehr muss mit drastischen Maßnahmen eingeschränkt werden.

Heidenheim, liegt an den Achsen für Europas Fernverkehr.

Insbesondere ist der Knotenpunkt bei der Bundesstraßen der B19 und der B466 am Totenberg für eine Richtungsänderung im Lkw-Fernverkehr, in der Nord-/Süd- und West-/Ost- Richtung bedeutend.

Die Fakten sprechen für sich.

24.863 Pkw sind innerorts der tägliche Mittelwert für die B19 Abfahrt Totenberg zur B466. Der Schwerlastverkehr liegt bei 1.319 Fahrzeugen.

Die Lkw-Zulassungen von 03/2017 auf 03/2018 nahmen um 3,4 Prozent zu. Das ist doppelt so viel wie bei den Pkw. Ein Beweis des anhaltenden Booms beim Gütertransports über die

Straßen.

16.900 Auspendler aus dem Kreis und umgekehrt 13.700 Einpendler in den Kreis, die sich irgendwo auf unseren Straßen begegnen, kommen hinzu.

Am Knotenpunkt Heckentalkreuzung B466 wurden an Werktagen in 24 Stunden im Durchschnitt 39.400 Fahrzeuge gezählt.

Grundsätzlich ist der Lkw-Schwerlastverkehr auf den Verkehrsachsen durch Heidenheim zu reduzieren.

Für den Lkw-Schwerlastverkehr auf der B466 muss ein Durchfahrtsverbot kommen.

Nur so lassen sich waldraubende Umfahrungen und Tunnelleingriffe in unser Stadtbild verhindern.

Nur so lässt sich die Wohn-, und Lebensqualität der Menschen in unserer Stadt verbessern.



Die DKP für eine umfassende Verkehrswende

Das bedeutet:

Die nichtmotorisierten Verkehrsarten (Zufußgehen und Radfahren) müssen kommunalpolitisch nachhaltig gefördert werden.

Kommunalpolitisch muss die Möglichkeit nach autofreien Wohnquartieren oder Teilorten untersucht werden. Eine „Autofreie oder Autoarme Stadt“ ist anzustreben.

Hierzu ist es nötig, dass der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) zielgerichtet möglichst mit emissionsfreien Antrieben ausgebaut wird.

Den Grundsatz beachten:

„Wer Straßen baut, wird Straßenverkehr ernten“. Oder „Wer Autobahnen effizienter macht, wird noch mehr Autobahnverkehr ernten“

Den Güterverkehr massiv reduzieren. Der Straßengüterverkehr muss auf die Schiene. Die Eisenbahn zur Flächen- und Bürgerbahn, die Elektrifizierung ausbauen und für eine benutzerfreundliche Preisgestaltung, die Fernbuskonkurrenz auszugrenzen.

In der Verkehrspolitik geht es um existentielle Grundanliegen. Es muss die CO₂ Emission die für den Treibhauseffekt unseres Klimas verantwortlich ist gemäß der Beschlüsse der Klimakonferenzen drastisch und sofort reduziert werden.

Dazu eine Anmerkung:

Solange in der BRD weit über die Hälfte des Stroms aus fossilen Quellen, an erster Stelle aus Kohle und Braunkohle gewonnen wird, so lange ist das E-Auto nicht klimaneutral. Der Slogan „null Emission“ ist eine bewusste Täuschung.



DKP kritisiert Verkehrszählung HZ 18.10.18

Die in der ersten Oktoberwoche stattgefundenen Verkehrszählung wurde von Friedhelm Bühner, Mitglied des Bezirksvorstandes Ba-Wü. und des Ortsvorstandes Heidenheim, in der HZ kritisiert.

Obwohl die DKP vor der vergangenen Kommunalwahl konkrete Zahlen veröffentlicht hat, tut die Stadtverwaltung jetzt so, als wisse sie von nichts. Nun muss Geld für ein Fachbüro ausgegeben werden, um die Ignoranz und Überheblichkeit gegenüber DKP-Forderungen zu vertuschen. Von den Kosten für Polizei und Sicherheitsdienst ganz zu schweigen.

OB Ilg kontert Kritik der DKP HZ 23.10.18

OB Ilg bezeichnete die Ausführungen vor den Mitgliedern des Gemeinderates als Frechheit. Dem Rathaus seien keine Zahlen angeboten worden.

Fakt ist allerdings, dass die DKP durch ihren Stadtrat, mit dem Wahlprogramm (2014) und Flugblättern auf diese Verkehrslage mit Zahlen hingewiesen hat!

Was ist daran eine Frechheit?

Herr OB Ilg, ist es heute schon eine Frechheit, die Wahrheit zu sagen?